

## Fadegrad



von  
Nina Fehr Düsel

## Urbane Asylanten

Bis jetzt war es nur eine Ankündigung. Nachdem nun aber das Schweizer Stimmvolk der Asylgesetzrevision zugestimmt hat, machen Anwohner des geplanten Asyl-Testzentrums im Kreis 5 ernst. Es gibt Einsprachen und Rekurse. Bei den Rekurrenten handelt es sich um langjährige Anwohner und eingemietete Gewerbetriebe. Sie alle sind entsetzt darüber, dass der Bund mit dem Segen des Zürcher Stadtrats auf dem Duttweiler-Areal ein Bundeszentrum für Asylsuchende errichten will, mitten in einem Wohn-, Freizeit- und Ausgangsgebiet. Viele betroffene Anwohner stören sich daran, dass bald ein grosses Containerdorf in ihrem Wohngebiet stehen soll. Es ist grundsätzlich falsch, solche Zentren mitten in Städten zu bauen, weil die Asylsuchenden die Vorzüge eines urbanen Lebens schnell schätzen lernen. Es wird ihnen vorgegaukelt, hier bleiben zu können, was aber in den meisten Fällen nicht zutrifft.

Die SVP begrüsst diesen Widerstand. Wir warnten schon immer vor einem Kriminalitätsimport in die Stadt Zürich. Es ist leider bekannt, dass es in der Umgebung von Asylzentren zu Zwischenfällen kommt, etwa Diebstahl, Messerstechereien, Schlägereien oder Drogenhandel.

Der Kreis 5 ist längst kein peripheres Industriequartier mehr. Viele Familien mit Kindern wohnen im Quartier und Jugendliche besuchen dort die kaufmännische Schule. Ausserdem ist es das beliebteste Ausgangsquartier in Zürich. Ein Zentrum mitten in einem boomenden Quartier einzurichten, ist alles andere als sinnvoll. Asylzentren gehören in Randregionen, in welchen sonst wenige Personen leben.

Nachforschungen und Statistiken der Polizei haben ergeben, dass Einbrüche und Ladendiebstähle in der Umgebung von Asylunterkünften zunehmen. Trotz des Widerstandes der örtlichen Bevölkerung wurde dies ignoriert und der Stadtrat entschied sich für diesen wohl ungeeignetsten Standort im Kreis 5.

Wir leisten Widerstand, auch im Gemeinderat. Die Vergabe dieses Grossauftrages an die stadteigene Asyl Organisation Zürich (AOZ) ist undurchsichtig und wirft viele Fragen auf. Private Firmen, die ebenfalls solche Dienstleistungen anbieten würden, werden nicht berücksichtigt. Da die Baukosten zur Erstellung der Asylunterkunft 20 Millionen Franken übersteigen, hat die städtische Bevölkerung die Möglichkeit, über das Asylzentrum an der Urne zu entscheiden. Wir werden dieses Projekt entschieden bekämpfen und im Abstimmungskampf weiterhin die verfehlte Asylpolitik des Bundes aufzeigen. Die SVP setzt sich für die Bevölkerung und das Gewerbe ein, auch im Kreis 5.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Sparen in der Stadt Zürich – unmöglich!

Der Verein Insieme, der Menschen mit Behinderung unterstützt, erhält von der Stadt Zürich auch künftig einen jährlichen maximalen Beitrag von 88 000 Franken. Ein Vorstoss der SVP, welcher verlangt, dass die Leistungen für diesen defizitären Treff nicht auf Kosten der Behinderten abgebaut werden, sondern vielmehr ein Augenmerk auf die hohen Lohnauslagen von 312 000 Franken gerichtet werden soll, blieb chancenlos.



Katharina Widmer  
Gemeinderätin SVP  
Zürich 1/2

Als erstes Ratsgeschäft wurde der Eintritt von Derek Richter verlesen, der anstelle des zurückgetretenen Roland Scheck im Saal Platz nimmt. Derek Richter und Roland Scheck, der in der Kantonsratsfraktion die Aufgabe des Vizefraktionschefs übernommen hat, wünsche ich viel Kraft und Erfolg für die neue Aufgabe.

Weiter ging es mit INSIEME. Diese Organisation unterstützt Menschen mit Behinderung. Das Angebot umfasst Kurse, Sportanlässe, Weiterbildungen für Eltern und Fachpersonen, Ferien und Treffs mit Restaurant. In der Weisung geht es darum, dass die Stadt diese Treffs für die nächsten vier Jahre mit jährlich 88 740 Franken unterstützen soll. Sie ermöglichen den Behinderten ihre Freizeit eigenständig zu gestalten und soziale Kontakte zu knüpfen.

**Sparen auf Kosten der Behinderten**  
Trotz Subvention von Bund und Stadt erwirtschaftet der Treff einen Fehlbeitrag. Deshalb sollen zusätzlich die Preise für Essen und Getränke im Restaurant erhöht und oder das Angebot gekürzt oder die Öffnungszeiten merklich verringert werden. Deshalb haben Samuel Balsiger und Roberto Bertozzi in diesem Zusammenhang ein Postulat eingereicht, welches verlangt, dass die Leistungen für diesen Treff nicht auf Kosten der Behinderten abgebaut werden, sondern vielmehr soll ein Augenmerk auf die hohen Lohnauslagen von 312 000 Franken gerichtet werden. Allein die Geschäftsführerin verursacht Lohnkosten von 130 000 Franken.

Leider wurden wir in beiden Geschäften trotz einleuchtenden Argumenten von einer Ratsmehrheit überstimmt.

#### 10 Mio. Franken Sparpotenzial «abgeschmettert»

Ein weiterer interessanter Vorstoss von Roberto Bertozzi und Samuel Balsiger nimmt das Laufbahnzentrum der Stadt Zürich unter die Lupe. Sie schlagen vor, dass jährliche Einsparungen von insgesamt 10 Millionen Franken erzielt werden könnten, indem das Laufbahnzentrum in

das kantonale Netz der regionalen Berufsinformationszentren integriert wird. Weil die Studien-, Berufs- und Laufbahnberatung per Gesetz Aufgabe des Kantons ist, ist das nur logisch.

Das Laufbahnzentrum Zürich beschäftigt pro Einwohner mehr Laufbahnberater als dies beim Kanton Zürich der Fall ist. Deshalb meint Roberto Bertozzi, dass diese Institution zu viel Personal beschäftigt und dementsprechend freiwillig mehr Leistungen erbringt, für die der Steuerzahler aufkommen muss.

Obwohl mit einer Textänderung die Summe von 10 Mio. Franken gestrichen wird, also die Sparmassnahme nicht beziffert wird, wird auch dieses Postulat von der Ratsmehrheit «abgeschmettert».

#### Heftige Diskussion beim Soziallastenausgleich

Eine Interpellation betreffend Forderungen nach einem kantonalen Soziallastenausgleich löste heftige Diskussionen aus. Soziallasten sind die Kosten für eine ganze Reihe bedarfsabhängiger Sozialleistungen. Neben der wirtschaftlichen Hilfe in der Stadt Zürich (jährlich etwa 312 Mio. Franken), fallen vor allem die Zusatzleistungen zur AHV und IV (etwa 380 Mio. Franken) ins Gewicht.

Wie uns bekannt ist, geht die linke Stadtregierung mit den Steuergeldern sorgloser um als die meisten Gemeinden im Kanton. Und jetzt wird nach einem kantonalen Ausgleich geschickt. Während einem fulminanten Votum von Samuel Balsiger musste er giftige Zwischenrufe über sich ergehen lassen, die er aber geschickt parierte. Er argumentierte, dass allein schon der Wunsch eines Ausgleiches arrogant sei gegenüber den Gemeinden, die ihre Sozialindustrie im Griff haben.

Weiter führt er an: «Aktuell streuen die Linken gerade betreffend den Luxuswohnungen im Seefeld der Öffentlichkeit Sand in die Augen. Auf Kosten der Allgemeinheit sollen über 100 Mio. Franken für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben werden. Anschliessend wohnt dort die linke Klientel in günstigen Wohnungen und eine weitere Chance, gute Steuerzahler in die Stadt zu locken, ist vergeben. Gleichzeitig bewirkt die Sozialindustrie, dass viele Sozialfälle und Asylanten in die Stadt ziehen. Und dann wundert man sich, warum die Sozialausgaben so hoch sind.»

## Volksabstimmung vom 14. Juni 2015

## VORLAGEN STADT ZÜRICH

1. Neue kommunale Wohnsiedlung auf dem Areal Hornbach, Quartier Riesbach, mit Gewerbeflächen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Werkhof, Objektkredit von 100,7 Millionen Franken

NEIN

2. A. «Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative)  
B. Gegenvorschlag des Gemeinderats  
C. Stichfrage

NEIN

NEIN

Vorlage B

3. «Zürich im Landesmuseum», permanente Ausstellung über Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit von 1,76 Millionen Franken und jährlich wiederkehrende Betriebsbeiträge von 300 000 Franken für die Jahre 2016–2019

NEIN

4. Kauf der Liegenschaft Florhofgasse 6 für die Musikschule Konservatorium Zürich und bauliche Sofortmassnahmen, Objektkredit von 33,6 Millionen Franken

NEIN

## SVP ZÜRICH 9

## Mitgliederwerbung konkret umgesetzt

Politik sei trocken. Die Bürgerinnen und Bürger seien für die Politik nicht zu begeistern. Neue Parteimitglieder seien schwer zu finden. Stimmt das? Oder macht unser Glaube darin diese Vorurteile erst real?



Samuel Balsiger  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Fakt ist: Die SVP betreibt eine hervorragende Politik. Wir kämpfen gegen den Asylmissbrauch (Abschaffung der Härtefallkommission); wir verteidigen die Freiheit der Schweiz (Nein zum schleichenden EU-Beitritt) und wir setzen uns für den Mittelstand ein (Masseneinwanderung stoppen und Steuern runter). Darauf können wir stolz sein und unsere sehr guten Positionen mit Freude nach aussen

vertreten. Wir müssen uns auf keinen Fall verstecken. Bei Standaktionen oder bei Freunden und Bekannten ist es also ein Leichtes, ebenfalls positiv gestimmte Personen anzusprechen, ob sie denn schon SVP-Mitglied sind oder werden möchten. Alleine an der Standaktion vom letzten Samstag konnte die SVP Kreis 9 vier Beitrittserklärungen an äusserst interessierte Passanten überreichen!

Wer nicht fragt, bekommt auch keine Antwort. Wer jedoch viele Versuche startet, der hat logischerweise auch mehr Erfolg. Fragen kostet schliesslich nichts. Potenzielle Mitglieder und Wähler nicht anzusprechen hat aber allenfalls einen sehr hohen Preis: verlorene Wahlen und Abstimmungen!



Standaktion im Kreis 9: Alt Kantonsrat Lorenz Habicher, Gemeinderat Samuel Balsiger (nicht im Bild Schulpfleger Marcel Dublanc).

Einladung der SVP Zürich-Schwamendingen zum

## traditionellen Grillplausch

Wann: Freitag, 26. Juni 2015  
ab 18:00 Uhr

Wo: Materialhütte Familiengärten „Auzelg“  
im Au 1  
8050 Zürich

- vis-à-vis Haltestelle „Auzelg“ (Tram 11, 12 / Bus 79)
- ausreichend Parkplätze in unmittelbarer Nähe



Auf Ihre rege Teilnahme freut sich Ihre SVP Zürich-Schwamendingen

[www.svp-schwamendingen.ch/grillplausch.html](http://www.svp-schwamendingen.ch/grillplausch.html)

